

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 3 • 75. JG, SEPTEMBER 2024

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

Um was es geht – Ideen und Perspektiven der Sozialdemokratie!

„Die SPÖ wird Österreich
mit Herz und Hirn besser
und gerechter machen“

Bundesparteivorsitzender
Andreas Babler
im Interview

Seite 6/7

Steuerpolitik:

Vermögen in den
Händen einiger Weniger

Seite 4/5

Gesundheit:

Die Folgen
der Kassenfusion

Seite 8/9

Wohnen:

Grundlage für soziale
Teilhabe und Gewaltschutz

Seite 10

#glaubandich

www.sparkasse-ooe.at



WIR MACHEN IHR EVENT MÖGLICH

Credit: Peter Königsdorfer

Direkt auf der pulsierenden Landstraße und keine zehn Schritte weiter im Herzen einer Großstadtoase: Das CENTRAL besticht trotz verkehrsgünstiger Lage durch sein ruhiges und entspanntes Flair. Bei uns finden Sie ein professionelles Umfeld, eine moderne technische Ausstattung und natürlich den Charme des ehemaligen CENTRAL-Kinos. Die hervorragende Akustik und die flexiblen Ausstattungselemente bieten Raum für gelungene Events im besonderen Rahmen.

Alle Infos zu den Veranstaltungen und zur Vermietung finden Sie unter office@centrallinz.at, www.centrallinz.at

Landstraße 36, 4020 Linz, +43 5 7726 1199, office@centrallinz.at, www.centrallinz.at

Einfach „schräg“: Mit eigenen, klaren Positionen gegen rechte Politik



BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR

Tim Walz, der Kandidat für die Vizepräsidentschaft von Kamala Harris, hat den bestimmenden Begriff für die derzeitige frühe Phase des amerikanischen Wahlkampfes geprägt: er nannte die republikanischen Kandidaten Trump und Vance „weird“. Und das könnte mit „schräg“ übersetzt werden.

Offensichtlich traf er damit den Nerv vieler amerikanischer Bürger:innen. Damit lässt sich Walz nicht auf das Niveau der Republikaner:innen herab, die die politischen Gegner:innen verhöhnen, anpöbeln oder beleidigen. Jemanden als schräg bezeichnen, gibt aber auch eine klare Botschaft ab. Verrückte Positionen und Forderungen werden nicht dadurch aufgewertet, dass sie scheinbar von oben herab widerlegt werden. Wenn etwas schräg ist, dann reicht es, dies so zu nennen. Das ist eine

Form der politischen Kommunikation, die derzeit in den Vereinigten Staaten mehrheitlich unterstützt wird.

Übertragen auf Österreich würde dies bedeuten, dass Ansichten und Positionen der Freiheitlichen ebenfalls als schräg klassifiziert werden können. Zum Beispiel die freiheitliche Meinung zum Klimawandel ist schräg. Hat eine Partei schräge Positionen, dann ist die Debatte mit ihr faktisch nicht möglich. Notwendig ist aber – auf der anderen Seite – die gute und genaue Begründung der eigenen politischen Analysen und Ziele. Denn dann genügt es freiheitliche Ideen als schräg zu bezeichnen. Untermauert man/frau die eigene Position nicht, dann wird aus „schräg“ ein beliebiges Wahlkampf-Wort-Geklingel!

„Hat eine Partei schräge Positionen, dann ist die Debatte mit ihr faktisch nicht möglich.“

- 4 **Vermögen:** Wie Österreichs Steuerpolitik Reiche bevorzugt, erklärt Barbara Blaha.

- 6 **Interview:** Warum es eine starke Sozialdemokratie mit Herz und Hirn braucht, erzählt Andreas Babler im Gespräch mit dem Bildungskurier.

- 8 **Kassenfusion:** Dennis Tamesberger betont, warum wir uns die soziale Krankenversicherung zurückholen müssen.

- 10 **Wohnen:** Progressive, mutige Wohnpolitik ist das Anliegen von Larissa Zivkovic.

- 11 **Teilhabe:** Niedrige Wahlbeteiligung und restriktive Einbürgerungsbedingungen belasten das demokratische System, so Tamara Ehs.

- 12 **Gemeinschaft:** Warum der österreichische Integrationsdiskurs endlich erwachsen werden muss, erklärt Mümtaz Karakurt.

- 13 **Klimakrise:** Der Klimawandel entwickelt sich zunehmend zur Gesundheitskrise, meint Maja Münch.

- 14 **Rohe Bürgerlichkeit:** Warum wir immer wieder über drohende Kooperationen der Volkspartei und den Freiheitlichen reden müssen, analysiert Bernd Dobesberger.

Inhalt



4



6



11



13



Produziert nach der Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens, „Druckerzeugnisse“
Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/53401-2678-0009

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, nicole.trudenberger@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at
Redaktion: Nina Andree, Bernd Dobesberger, Manuela Hiesmair, Georg Hubmann, Iris Ratzenböck-Höllerl, Lukas Russ, Nicole Trudenberger, Barbara Hinterleitner, Laura Wiednig
Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch
Hersteller: Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.
Nr. 03/24, September, SPÖ OÖ-Info-Nr. 3/2024, GZ 02Z032837 M,
P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Vermögen in den Händen einiger Weniger

Wie Österreichs Steuerpolitik Reiche bevorzugt und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet.

BARBARA BLAHA

Wer in Österreich zu den Top 5 Prozent der Haushalte gehört, hat gut lachen. Im Schnitt besitzen diese rund 200.000 Haushalte ein Vermögen von über einer Million Euro. Allein die Top 5 Prozent halten damit mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens, das in Österreich vorhanden ist. Für die unteren 50 Prozent sieht es hingegen mager aus. Die Hälfte aller Bürger:innen in Österreich verfügt über kein nennenswertes Vermögen. Der ärmeren Bevölkerungshälfte gehört mit 3,5 Prozent Vermögen nur ein Bruchteil dessen, was die oberen 5 Prozent haben. Befragungen zeigen auch, dass fast 30 Prozent gar nichts zur Seite legen können. Jede:r Zweite von ihnen hat am Ende des Monats meist oder manchmal kein Geld mehr auf dem Konto.

„Innerhalb der Eurozone gibt es kein Land in dem Vermögen so stark konzentriert ist wie hierzulande.“

Österreich ist ein reiches Land. Wir sind das Land mit der fünfthöchsten Millionär:innen-Dichte in der EU. Innerhalb der Eurozone gibt es kein Land in dem Vermögen so stark konzentriert ist wie hierzulande. Und dabei wird selbst diese Vermögenskonzentration immens unterschätzt, denn ein wesentliches Puzzelstück, um sie möglichst realitätsgetreu darzustellen, geht uns ab. Das Top 1 Prozent der reichsten Haushalte kann nicht hinreichend abgebildet werden, weil die Daten fehlen. Laut Schätzung

der Nationalbank soll allein das reichste 1 Prozent die Hälfte des österreichischen Vermögens besitzen.

Fehlende Vermögensbesteuerung befeuert Ungleichheit

Wer sein Geld für sich arbeiten lassen kann, hat schneller mehr als eine Person, die ihr Geld erarbeiten muss. Das ist ein wesentlicher Grund dafür, dass sich Vermögen so stark in den Händen einiger Weniger konzentriert. Kapitalerträge - von Zinsen, Aktien oder Mieten - wachsen schneller als die restliche Wirtschaft insgesamt real wächst.

Ob du in Österreich reich wirst, hängt aber ganz stark mit der Geburtslotterie zusammen. Wer bei ihr gewinnt und in eine reichere Familie geboren wird, erbt mit hoher Wahrscheinlichkeit. Reiche erben nicht nur häufiger, sondern auch wesentlich mehr. Während am unteren Ende der Vermögensverteilung etwa 2 von 10 Personen im Schnitt 40.000 Euro erben, sind es am oberen Ende knapp 8 von 10. Die Top 10 Prozent der vermögendsten Haushalte erben im Schnitt eine dreiviertel Million. In keinem anderen Land der Eurozone hat das Erbe eine so große Bedeutung wie in Österreich. Laut neu-

„In keinem anderen Land der Eurozone hat das Erbe eine so große Bedeutung wie in Österreich.“

esten Studien verdoppelt sich das jährliche Erbvolumen zwischen 2025 und 2050 noch dazu. Von rund 21 auf 41 Milliarden

DIE AUTORIN:

Barbara Blaha ist Leiterin des Momentum Instituts und Herausgeberin des dazugehörigen Moment Magazins.



Foto © Perframer

Euro. In den nächsten 25 Jahren werden insgesamt etwa 800 Milliarden Euro von der einen Generation in die nächste einfach weitergereicht – steuerfrei, denn seit 2008 gibt es keine Erbschaftssteuer mehr.

Steuerstruktur aus der Balance

Einkommen ist zwar auch ungleich verteilt, aber weit nicht so sehr wie Vermögen. Österreichs Bestverdiener:innen erhalten 75-mal so viel wie ein:e Arbeitnehmer:in mit Medianeinkommen. Das Durchschnittsvermögen der reichsten 20 Menschen Österreichs ist aber 55.000-mal so hoch, wie von einer Person mit dem Median-Vermögen (128.000 Euro). Gleichzeitig ist die Besteuerung von Arbeitseinkommen sehr hoch. Von 100 Steuereuros kommen rund 80 aus Löhnen, Gehältern und Konsum. Aus Unternehmensgewinnen kommen nur 7, aus Vermögen mickrige 3 Euros. Und dennoch sinken die vermögensbezogenen Steuern in Österreich seit Jahrzehnten. Sowohl die Erbschafts- als auch die Vermögenssteuer wurde gänzlich gestrichen. Die Körperschaftsteuer, also die Steuer auf die Gewinne von Unternehmen, senkt die Regierung seit den 70er Jahren kontinuierlich. Lag die Körperschaftsteuer vor 40 Jahren noch bei 55 Prozent, ist sie heute

mit 23 Prozent nicht einmal mehr halb so hoch. Österreichs Unternehmen unterliegen somit einem noch nie dagewesenen Niedrigsteuersatz. Allein mit der Senkung der Steuer durch die aktuelle Regierung um 2 Prozentpunkte gehen dem Staatshaushalt – und damit uns allen - 1 Milliarde Euro an Steuereinnahmen jährlich verloren. Problematisch ist das vor allem, weil die Steuersenkung überwiegend den größten Unternehmen und deren Besitzer:innen zugutekommt. Der Beitrag von ganz oben, von den großen Unternehmen und damit den Reichsten im Land, sinkt dadurch noch weiter.

Mangelhafter Steuerbeitrag von Superreichen

In Österreich ist nicht nur die Verteilung von Vermögen, sondern auch der Beitrag durch Steuern und Abgaben enorm ungleich. Diese Schieflage verdeutlicht eine Modellrechnung des Momentum Instituts: Ein Millionärshaushalt zahlt im Schnitt 30 Prozent Steuern und Abgaben. Eine Mittelstandsfamilie leistet 42 Prozent an Steuern und Sozialabgaben. Der Steuer- und Abgaben-

beitrag eines Beispiel-Milliardärs beträgt nur 26 Prozent und liegt damit nicht nur weit unter jenem der Durchschnittsfamilie, sondern beträgt auch nur die Hälfte des Einkommen-Spitzensteuersatzes von 55 Prozent. Arbeitseinkommen wird hierzulande progressiv besteuert: wer mehr verdient, trägt auch mehr Steuern bei. Beim Einkommen aus Kapital hingegen kommen nicht nur einheitliche, sondern auch deutlich niedrigere Steuersätze als auf Arbeitseinkommen zum Einsatz. Nur: Einkommen aus Arbeit spielt bei Superreichen kaum eine Rolle. Beim analysierten Beispiel-Milliardär kommen nur 0,01 Prozent seiner Einkünfte aus Arbeit. Die Mittelschicht-Familie erarbeitet ihr Einkommen aber fast gänzlich.

Der Status Quo ist nicht in Stein gemeißelt

Fragt man die Bevölkerung finden acht von zehn – egal ob arm oder reich – dass die Politik die Schere zwischen Arm und Reich wieder schließen muss. Wer mehr hat, soll auch mehr beitragen – nicht nur vom Einkommen, auch vom Vermögen. Stellschrauben für ein besser

balanciertes Steuersystem gibt es viele: Von der Wiedereinführung der Vermögens- und Erbschaftssteuer, der Erhö-

„Wer mehr hat, soll auch mehr beitragen – nicht nur vom Einkommen, auch vom Vermögen.“

hung von vermögensbezogenen Steuern, der progressiven Besteuerung von Kapitaleinkünften bis hin zur fairen Besteuerung von Konzerngewinnen. Was es jetzt noch braucht: politischen Willen.

Die Schere zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auseinander – doch es gibt viele Möglichkeiten sie wieder zu schließen.



„Die SPÖ wird Österreich mit Herz und Hirn besser und gerechter machen“

Ziel von SPÖ-Chef Andi Babler ist es, bei der Nationalratswahl am 29. September Nummer 1 zu werden und einen Rechtsblock aus FPÖ und ÖVP zu verhindern. Der Bildungskurier hat mit Andi über seine 24 Ideen für Österreich und seine Vorstellungen einer Mitmach-Republik gesprochen. „Nur eine starke SPÖ kann Österreich wieder nach vorne bringen“, sagt Babler.

Bildungskurier: Lieber Andi, am 29. September findet die Nationalratswahl statt. Du sprichst von einer „Richtungsentscheidung“. Was steht auf dem Spiel?

Babler: Die Nationalratswahl ist die wichtigste Richtungsentscheidung seit Generationen. Denn sie wird entscheiden, wie unsere Zukunft aussehen wird: Wird unser Gesundheitssystem gestärkt oder zerschlagen? Wird etwas gegen die Teuerung getan oder lässt man weiterhin Banken und Immo-Konzerne Rekordgewinne schreiben? Haben wir genug Geld für die Pflege oder gibt es weitere Steuerzuckerl für Multimillionäre? Unter einer blau-schwarzen Koalition drohen Angriffe auf die Demokratie, die Zerstörung des Sozialstaats und Pensionsraub. Nur eine starke SPÖ kann den drohenden Rechtsruck verhindern und Österreich mit Herz und Hirn wieder nach vorne bringen.

„Nur eine starke SPÖ kann den drohenden Rechtsruck verhindern und Österreich mit Herz und Hirn wieder nach vorne bringen.“

Bildungskurier: Beim Parteirat der SPÖ Ende April 2024 in Wieselburg hast du eine Politik mit „Herz und Hirn“ vorgestellt, die in 24 Ideen für Österreich zusammengefasst ist. Was war die Grundüberlegung bei diesen Ideen?

Babler: Wir alle spüren, dass in Österreich etwas schief läuft. Viele Menschen müssen monatelang auf einen Arzttermin warten. Andere können sich den Kinobesuch oder das Abendessen mit Freund:innen

nicht mehr leisten. Das Problem ist, dass die Regierung abgehoben ist und die Probleme der Menschen nicht kennt. Dem halte ich unsere 24 Ideen für Österreich entgegen. Damit zeigen wir auf, wie wir das Leben der großen Mehrheit mit Herz und Hirn besser und gerechter machen werden.

Bildungskurier: Wie ist dieser Katalog der 24 Ideen entstanden? Gibt es eine verbindende Klammer hinter diesem Ideen katalog?

Babler: Die 24 Ideen sind ein Einblick in die inhaltliche Arbeit unserer Mandatar:innen gemeinsam mit den Mitgliedern des SPÖ-Expert:innenrats. Unser Ziel ist klar: Wir wollen einen Neustart für Österreich. Einen Neustart für mehr Gerechtigkeit, sozialen Ausgleich und Zusammenhalt. Unsere 24 Ideen liefern überzeugende Antworten und umsetzbare Lösungen und zeigen in ganz vielen Bereichen auf, wo wir den Hebel ansetzen werden, um eine gute Zukunft für alle zu garantieren.

Bildungskurier: In Vorwahlzeiten präsentieren eigentlich alle Parteien Wahlprogramme, die meist schnell wieder in Vergessenheit geraten. Werden die 24 Ideen eine längere Haltbarkeit und eine größere Verbindlichkeit haben?

Babler: Die 24 Ideen betreffen unterschiedlichste Politikfelder von Arbeitszeit über die Gesundheitsversorgung, Integration und Klima bis zum Tierwohl und umfassen jene Bereiche, in denen dringender Handlungsbedarf herrscht: Als Kanzler werde ich das Leben durch Eingriffe in den Markt wieder leistbar machen. Ich werde das Gesundheitssystem stärken – durch



IM INTERVIEW

Andreas Babler

ist Bundesparteivorsitzender, Bundesrat und Bürgermeister von Traiskirchen. Er ist SPÖ-Spitzenkandidat bei der kommenden Nationalratswahl.

Foto © Clemens Schmiedbauer

eine Termingarantie beim Facharzt innerhalb von 14 Tagen. Ich werde für mehr Sicherheit durch mehr Polizist:innen auf der Straße sorgen. Ich werde ein Recht auf analoges Leben garantieren. Und ich werde Kinderarmut endlich beenden. All diese Ziele sind verbindlich, dafür garantiere ich.

Bildungskurier: Welche dieser 24 Ideen hältst du persönlich für besonders wichtig bzw. welche sind für Österreich jetzt politisch ganz entscheidend?

Babler: Ich will alle 24 Ideen umsetzen, auch wenn das natürlich Zeit braucht. Am vordringlichsten ist für mich dabei das Recht auf ein leistbares Leben. Die

Regierung hat die Teuerung einfach durchrauschen lassen – der Wohlstand sinkt, die Arbeitslosigkeit steigt, die Wirtschaft schrumpft und das Budgetdefizit ist explodiert. In Regierungsverantwortung werden wir als Erstes dafür sorgen, dass das Leben endlich wieder leistbar ist. Ich werde alle Mieterhöhungen bis 2026 aussetzen und einen Zinsschutz für Häuslbauer einführen. Und ich werde die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel aussetzen. Klar ist dabei auch, dass Superreiche endlich einen gerechten Beitrag leisten müssen. Statt eines Sparpakets braucht es endlich gerechte Steuern auf Millionenvermögen und Millionenerbschaften.

Bildungskurier: Beim Mitmach-Kongress in Wien hast du angekündigt, Österreich zur Mitmach-Republik zu machen und mit Demokratie zu durchfluten. Was sind deine konkreten Pläne?

Babler: Ich will das Vertrauen in die Politik durch neue Formate der Bürger:innen-Partizipation stärken. Politik darf nicht in Hinterzimmern stattfinden, ich will möglichst alle Menschen in demokratische Entscheidungen einbinden. Die Kernelemente der Mitmach-Republik sind Bürger:innen-Räte, mit denen wir Menschen die Möglichkeit geben, in politische Prozesse einzusteigen. Ich will eine Neuauflage des Österreich-Konvents sowie mehr Transparenz, damit

große Entscheidungen und Beschlüsse der Regierung für die Bürger:innen nachvollziehbar sind.

Bildungskurier: Für Aufsehen gesorgt hat auch dein Brief an Nichtwähler:innen. Wie willst du jene erreichen, die sich von der Politik verabschiedet haben?

Babler: Laut dem aktuellen Demokratiemonitor glauben nur noch 39 Prozent der Menschen, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. Ich verstehe diesen Frust und Ärger über die Politik, weil es in der Politik oft nur mehr um Posten, Macht und Skandale geht – und nicht mehr um die Sorgen und Nöte der Menschen. Wir dürfen nicht akzeptieren, dass sich immer mehr Menschen von der Demokratie verabschieden. Ich will das

„Die SPÖ ist eine starke Stimme für jene, die von der bisherigen Politik enttäuscht sind. Wir sehen die Probleme und werden sie lösen.“

Vertrauen der Menschen zurückgewinnen – durch eine Politik, die Menschen nicht zu Bittsteller:innen macht. Die SPÖ ist eine starke Stimme für jene, die von der bisherigen Politik enttäuscht sind. Wir sehen die Probleme und werden sie lösen.

Bildungskurier: Im Rahmen deiner „Mit Herz und Hirn“-Tour bist du in den kommenden Wochen mit deinem Wohnmobil in ganz Österreich unterwegs und wirst viele Veranstaltungen besuchen. Worauf freust du dich am meisten?

Babler: Ich freue mich am meisten auf den direkten Kontakt mit der Bevölkerung. Auf dem Tour-Programm stehen Besuche von Märkten, Sommerfesten, Kirchtagen und Betrieben genauso wie Verteilaktionen und Pressekonferenzen zu wichtigen Themen. Herzstück der Tour sind die „Andi kommt zu euch“-Events. Das sind große Veranstaltungen an besonderen Locations, bei denen wir den direkten Austausch über aktuelle Fragen und Themen großschreiben. Per E-Mail und Brief laden wir ganz bewusst soziale Einrichtungen, Klein- und Mittelunternehmer:innen sowie Kultur- und Sportvereine ein – und setzen damit ein ganz klares Öffnungssignal gegenüber zivilgesellschaftlichen Institutionen. Ich lade alle herzlich ein, bei den Tourterminen dabei zu sein.

Andi Babler im direkten Austausch mit den Menschen während seiner „Mit Herz und Hirn“-Tour.



Foto © SPO David Vlsnjic

Holen wir uns die soziale Krankversicherung zurück!

Gesundheitspolitik ist eine der wichtigsten Säulen des Sozialstaats. Der Sozialstaat wird im Gesundheitssystem greifbar, da jeder Mensch dieses in unterschiedlichen Lebensphasen in Anspruch nimmt. Gesundheitsangebote haben daher hohe Relevanz für die Zufriedenheit mit dem Sozialstaat und für die verantwortliche Politik an sich.

DENNIS TAMESBERGER

Eine fortschrittliche Gesundheitspolitik sollte danach trachten, dass die Finanzierung des Gesundheitssystems solidarisch gestaltet, der Zugang zu Gesundheitsleistungen möglichst gleich und an den Bedürfnissen der Versicherten sowie der Beschäftigten orientiert ist. Dies darf sich aber nicht auf Sonntagsreden beschränken, sondern die Menschen sollten Tag für Tag erleben, dass Steuern und Sozialversicherungsbeiträge für echte Verbesserungen investiert werden.

Statt Patientenmilliarde radikale Entmachtung der Versicherten

Ausgehend vom Bergarbeitsgesetz im 19. Jahrhundert ist die soziale Krankenversicherung in Österreich eine beitragsfinanzierte Pflichtversicherung. Dass wir im Krankheitsfall oder nach

„Dass wir im Krankheitsfall oder nach einem Unfall medizinisch versorgt werden, ist keine Selbstverständlichkeit. Es ist eine soziale Errungenschaft, für die Arbeiter:innen gekämpft haben.“

einem Unfall medizinisch versorgt werden, ist keine Selbstverständlichkeit. Es ist eine soziale Errungenschaft, für die Arbeiter:innen gekämpft haben. Dementsprechend ist die Idee der Selbstverwaltung in der Krankenversicherung,

dass jene Personengruppen die Krankenversicherungsbeiträge verwalten, die davon unmittelbar betroffen sind. Die Bundesregierung Kurz/Strache vollzog hier eine radikale Machtverschiebung hin zu den Unternehmer:innen. Ohne vorausgehende Verhandlungen wurde 2018 die Kassenfusionierung der Krankenversicherung durch die Regierung beschlossen. Anstelle der Mehrheit der Dienstnehmer:innen kam es zu einer Parität (gleiche Stimmenanzahl) zwischen Dienstnehmervertreter:innen und Dienstgebervertreter:innen, obwohl die Versicherten ausschließlich

„Dass sich die Interessen der Versicherten und der Dienstgebervertreter:innen diametral entgegenstehen liegt auf der Hand.“

Arbeitnehmer:innen sind. Eine Tatsache, die also dem Grundgedanken der Selbstverwaltung widerspricht. Die Mehrheit der Dienstnehmervertreter:innen in der Krankenversicherung wurde selbst im Austrofaschismus nur reduziert (von 4:1 auf 2:1), nicht jedoch abgeschafft. Dass sich die Interessen der Versicherten und der Dienstgebervertreter:innen diametral entgegenstehen liegt auf der Hand. Zwei aktuelle Beispiele verdeutlichen eindringlich die Folgen. Im Juni 2023 haben die Dienstnehmervertreter:innen einen Antrag auf 800 zusätzliche Kassenarztstellen im Verwaltungsrat eingebracht. Die Dienstgebervertreter:innen

DER AUTOR:

Dennis Tamesberger ist Leiter des Teams Sozialpolitik der Arbeiterkammer Oberösterreich und Mitglied im Landesstellenausschuss der ÖGK.



Foto © AK-ÖO - Wolfgang Spitzbart

haben dagegen gestimmt. Ein weiteres Beispiel ist die aktuelle Forderung der Wirtschaftskammer Salzburg, dass sich die Arbeitnehmer:innen den ersten Krankenstandtag selbst zahlen sollten.

Der Marketing-Gag wird zum finanziellen Problem

Neben der Entmachtung der Versicherten in der Selbstverwaltung führte die Kassenfusion zu finanziellen Problemen. Die schwarz-blaue Regierung argumentierte die Kassenfusion mit Einsparungen von einer Milliarde Euro und wurde als „Patientenmilliarde“ verkauft. Tatsächlich liegen die Mehrkosten bei 215 Millionen Euro und die österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) bilanziert seit 2019 jedes Jahr negativ. Politisch hat die zuständige Ministerin Hartinger-Klein diese Kritik eingestanden, indem sie die „Patientenmilliarde“ im U-Ausschuss als Marketing-Gag bezeichnete.

Sinkende Zufriedenheit

In diesem Kontext ist auch die sinkende Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem österreichischen Gesundheits-

system zu sehen. Nur mehr jede:r Zweite ist mit dem österreichischen Gesundheitssystem zufrieden. Laut einer aktuellen AK-Erhebung bezieht sich die Unzufriedenheit der Versicherten in Oberösterreich z.B. auf die Verfügbar- und Erreichbarkeit von Kassenärzt:innen, War-

„Nur mehr jede:r Zweite ist mit dem österreichischen Gesundheitssystem zufrieden.“

tezeiten im niedergelassenen Bereich und im Operationsbereich, aber auch in Hinblick auf die Versorgungsqualität. Weiters gibt es eine Unzufriedenheit bei den Beschäftigten im Gesundheitssystem, da die Arbeitsbedingungen sehr belastend sind und die Politik darauf zu wenig reagiert. In engem Zusammenhang mit den Versorgungsproblemen stehen auch die hohen privaten Gesundheitsausgaben. Unser Gesundheitssystem ist immer mehr von einem ungleichen Zugang zu Gesundheitsleistungen und einer Zwei-Klassen-Medizin geprägt. Diese wird zum ernsthaften Problem, wie Analysen vom Institut für höhere Studien (IHS) zeigen. Immer mehr Menschen verarmen, weil sie für ihre Gesundheit privat zahlen müssen. Waren dies 2004/05 noch 1,4 Prozent der

Haushalte, kletterte der Anteil in den folgenden 15 Jahren auf 2,8 Prozent empor.

Zukünftige Herausforderungen

Die Herausforderungen im Gesundheitssystem, wie die demografische Entwicklung, belastende Arbeitsbedingungen und der Klimawandel sind enorm. Wir werden zukünftig mehr Sozialstaat und mehr Einnahmen in der sozialen Krankenversicherung brauchen, statt weiterer Marketing-Gags und Kürzungen der Lohnnebenkosten für die Betriebe. Ansonsten werden Gesundheitskosten noch mehr auf die Einzelnen abgewälzt.

Gesundheitspolitik von unten

Es braucht dringend eine fortschrittliche Gesundheitspolitik, die von unten gestaltet ist. Die soziale Krankenversicherung muss wieder in eine echte Selbstverwaltung rückgeführt werden, wo Vertreter:innen der Versicherten über die Gesundheitsleistungen vor Ort entscheiden können. Die Bedürfnisorientierung in der Gesundheitspolitik nahe an den Versicherten kann nur gelingen, wenn Betroffene selbst mitentscheiden – entsprechend der Ursprungsidee. Daran anknüpfend sollten die Versorgungsprobleme und die sehr belastenden Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen angegangen werden. Es muss gelingen, dass jede:r Versicherte, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten und ohne lange Wartezeiten,

einen Arzt-, Operations- oder Rehaterrmin bekommt. Um dies zukünftig gewährleisten zu können, braucht es mehr

„Die Bedürfnisorientierung in der Gesundheitspolitik nahe an den Versicherten kann nur gelingen, wenn Betroffene selbst mitentscheiden – entsprechend der Ursprungsidee.“

und nicht weniger Beiträge in die Krankenversicherung. Die Unkenrufe der Unternehmensvertreter:innen nach Senkung der Lohnnebenkosten sind völlig zukunftsvergessen und spiegeln nur ihre Partikularinteressen wider. Damit aufzuräumen und den Sozialstaat wieder mehr in den Dienst der Bevölkerung zu stellen, ist laut der Politikwissenschaftlerin Prainsack auch das beste Mittel gegen die Aushöhlung der Demokratie und gegen die Popularität rechter, autoritärer Parteien.

Finanzielle Probleme, Zwei-Klassen-Medizin und sinkende Zufriedenheit erfordern eine Rückkehr zur echten Selbstverwaltung in der sozialen Krankenversicherung.



Wohnen als Grundlage für soziale Teilhabe und Gerechtigkeit

Das Thema Wohnen ist mit all seinen interessanten Facetten stets Teil des politischen Diskurses. Vor allem für die Sozialdemokratie ist Wohnen immer ein Kernthema und das zurecht. Denn eine progressive, mutige Wohnpolitik bietet direkte und indirekte Verbesserungen für zahlreiche Lebensbereiche der Menschen – und das nachhaltig.

LARISSA ZIVKOVIC

Leistbares Wohnen und gesellschaftliche Teilhabe

In einer Wohnung zu leben ist die Voraussetzung für soziale Teilhabe, Gesundheit und Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Institutionen. Denn ohne eine gültige Meldeadresse ist man von zahlreichen rechtlichen Ansprüchen und sogar von der Eröffnung eines Bankkontos ausgeschlossen und auch bei der Arbeitssuche ist man maßgeblich eingeschränkt ohne Wohnung. Progressive sozialpolitische Projekte, wie „Housing first“, erkennen den Umstand, dass eine stabile Wohnsituation Grundvoraussetzung für die Lösung zahlreicher Problemlagen ist und stellen daher das wichtigste Element, nämlich eine Wohnung, zur Verfügung. Das Ergebnis überzeugt: Bei den Teilnehmer:innen verbesserte sich der Gesundheitszustand, Kriminalitätsrate sowie Alkoholkonsum sinken und die Arbeitssuche wurde massiv erleichtert.

Leistbares Wohnen und Gewaltschutz

Seit Jahrzehnten sehen Frauenhäuser und Gewaltschutzeinrichtungen den direkten Zusammenhang von überbe-

„Ökonomische Abhängigkeit ist ein zentraler Grund, warum sich Betroffene nicht aus Gewaltbeziehungen befreien können, weil sie die Wohnsituation nicht allein stemmen können.“

tem Wohnen und Gewalt an Frauen. Ökonomische Abhängigkeit ist ein zentraler Grund, warum sich Betroffene nicht aus Gewaltbeziehungen befreien können,

weil sie die Wohnsituation nicht allein stemmen können. Neben den erhöhten Mietpreisen kommen nämlich eine Reihe von Nebenkosten dazu - wie Energiekosten, Kosten für Möbel, Kauttionen oder Verkehrsmittel - wenn in einen anderen Ort umgezogen werden muss. Gedeckelte Miet- und Energiepreise, ein Angebot an bereits möblierten Wohnungen und ein leistbarer und flächendeckender öffentlicher Verkehr sind also direkte Maßnahmen im Kampf gegen Gewalt an Frauen.

Leistbares Wohnen und Zugang zu Bildung

Bildung wird in Österreich noch immer vererbt. Kinder, dessen Eltern Akademiker:innen sind, absolvieren häufiger ein Universitätsstudium als Kinder aus Haushalten von Arbeiter:innen. Denn Menschen mit weniger Einkommen können ihren Kindern weniger finanzielle Unterstützung bereitstellen als Menschen mit mehr Einkommen.

„Der höchste Kostenfaktor für Studierende ist meist Wohnen.“

Die Chancen auf Bildung und somit auf besser bezahlte Jobs und mehr Lebensqualität sind somit von der finanziellen Situation der Eltern abhängig und werden so über Generationen weitergegeben. Der höchste Kostenfaktor für

DIE AUTORIN:

Larissa Zivkovic ist Landessekretärin der Sozialistischen Jugend Oberösterreich und SPÖ Bezirksfrauenvorsitzende im Bezirk Freistadt.



Studierende ist meist Wohnen. Gute Beihilfen können hier der Schlüssel zu mehr Gerechtigkeit sein. Dabei ist nicht nur die Höhe der Beihilfen relevant, sondern auch der Zugang. Denn oft sind die bürokratischen Anforderungen kompliziert und Menschen ohne österreichische Staatsbürger:innenschaft werden oft von vornherein ausgeschlossen.

Es ist Zeit für eine Wohnpolitik zu kämpfen, die leistbaren Wohnraum für alle sicherstellt – denn nur so können wir eine gerechtere Gesellschaft für alle schaffen.

Leistbares Wohnen für alle: Die Grundlage für soziale Teilhabe, Gewaltschutz und Bildungsgerechtigkeit.



Politische Teilhabe in Oberösterreich: Ein Drittel bleibt ungehört

Niedrige Wahlbeteiligung und restriktive Einbürgerungsbedingungen belasten das demokratische System – das müssen wir ändern!

TAMARA EHS

Wenn Oberösterreich seine 32 Repräsentant:innen für den Nationalrat wählt, steht auch die Wahlbeteiligung im Fokus. 2019 lag sie mit 77,69 Prozent so niedrig wie noch nie. Zählt man zu jenen über 22 Prozent Nichtwähler:innen noch die rund 11 Prozent Nichtwahlberechtigten hinzu, offenbaren die Zahlen, dass ein Drittel der Oberösterreicher:innen über 16 Jahren nicht mit seiner Stimme im Nationalrat vertreten war. In der kommenden Legislaturperiode wird es wohl ähnlich aussehen. Oberösterreich liegt im Trend einer Entwicklung, die die Politikwissenschaft als „Zweidritteldemokratie“ bezeichnet.

„Oberösterreich liegt im Trend einer Entwicklung, die die Politikwissenschaft als „Zweidritteldemokratie“ bezeichnet.“

Während zwei Drittel der Bevölkerung in den demokratischen Institutionen gut ausgebildet sind, nimmt ein Drittel von politischer Beteiligung Abstand, beziehungsweise ist davon ausgeschlossen und in seinen politischen Anliegen nicht repräsentiert. Nichtwähler:innen und Nichtwahlberechtigte weisen statistische Gemeinsamkeiten auf: In der Mehrzahl eint sie die Zugehörigkeit zur untersten sozioökonomischen Klasse (geringeres Einkommen und niedrigere formale Bildung) sowie schwaches Vertrauen in staatliche Institutionen und in die Wirksamkeit der eigenen Stimme. Wie der Demokratiemonitor jährlich erhebt, liegt den niedrigen Beteiligungs- und Vertrauenswerten zugrunde, dass das politische System jenen Menschen Teilhabe – an ökonomischer Sicherheit, gesellschaftlicher Anerkennung und an

der Mitgestaltung der eigenen Lebensumstände (vor allem in der Arbeitswelt) – vorenthält.

Die Erfahrungen, die viele Nichtwähler:innen mit dem politischen System machen, reichen vom Nichtgehört-Werden bis hin zu institutionellen Demütigungen und sozialen Kränkungen, etwa durch Langzeitarbeitslosigkeit. Sie kumulieren in der Überzeugung, dass politische Beteiligung sinnlos wäre, weil das bestehende System und seine Vertreter:innen kein Interesse an Veränderung hätten.

„Im internationalen Vergleich ist das österreichische Einbürgerungsrecht restriktiv und teuer.“

Bei vielen Nichtwahlberechtigten wiederum wirkt sich das geringe Einkommen auf den Erwerb des Wahlrechts aus. Im internationalen Vergleich ist das österreichische Einbürgerungsrecht restriktiv und teuer: Das Einbürgerungsverfahren in Oberösterreich kostet durchschnittlich 2.000 Euro. Problematisch ist aber vor allem § 10 Abs 1 StbG: der Nachweis eines „hinreichend gesicherten Lebensunterhalts“, damit „das Einkommen ohne Unterstützung durch Sozialhilfeleistungen sichergestellt ist.“ Hierbei muss eine alleinstehende Person ein monatliches Einkommen von aktuell mindestens 1.218 Euro nachweisen – allerdings nach

DIE AUTORIN:

Tamara Ehs

ist Politikwissenschaftlerin und Demokratieberaterin. Ebenso engagiert sie sich mit den von ihr konzipierten „Demokratie Repaircafés“ in der politischen Bildung.



Foto © Helmut Prochartny

Abzug von Miete, Kreditraten und Unterhaltszahlungen. Für Arbeiter:innen in Berufen mit niedrigem Einkommen sind die österreichische Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht somit kaum erreichbar.

Auch der neue Nationalrat wird auf einer sozioökonomisch verzerrten Wähler:innenschaft beruhen. Die soziale Schiefelage schlägt sich in geringerer Demokratiezufriedenheit und weniger Vertrauen in die Institutionen der repräsentativen Demokratie nieder.

Wenn ein Drittel der Bürger:innen – auch bei der kommenden Nationalratswahl – nicht mit der eigenen Stimme vertreten ist, ist das ein großes Problem für unsere Demokratie.



Irrwege im Integrationsdiskurs

Herkunft als Auskunft?

MÜMTAZ KARAKURT

Österreicher:innen haben in diesem Jahr viel zu wählen und dabei bleiben Migration und Integration beliebte Reizthemen populistischer Politik. Wir kennen das schon - es wird Stimmung gegen Menschen gemacht, die häufig selbst nicht wählen dürfen. Migrant:innen (egal wie lange sie schon in Österreich sind) werden durch populistische Hetze zu Verantwortungsträger:innen für viele Missstände in diesem Land.

So werden Grundlagen geschaffen, auf denen aufbauend noch weitere Restriktionen für Menschen mit Schutzbedarf gefordert und umgesetzt werden können. Asyl soll am besten in Österreich gar nicht mehr gegeben werden, sondern nur mehr als Randerscheinung in weit entfernten Regionen organisiert. Familienzusammenführung wird plötzlich in Frage gestellt bzw. werden Lügen unterstellt, anstatt die richtigen Rahmenbedingungen für diesen Zuzug zu gestalten. Zur gleichen Zeit wird aber auch geglaubt, dass sich von rassistischer Politik und Gesellschaftsstimmung, die so notwendigen Arbeits- und Fachkräfte nicht abschrecken lassen würden. Dem ist natürlich nicht so. Stimmung gegen Menschen, die nicht dem österreichischen „Bio-Ideal“

Wir können Integration nur erfolgreich gestalten, wenn wir alle Menschen in ihrer Vielfalt anerkennen – es geht um ein gemeinsames WIR.



entsprechen, macht keinen Unterschied. Sie trifft alle. Rassismus ist real.

Wir kennen alle das Denken in zwei Kategorien: „dick oder dünn“, „richtig oder falsch“, „Freund oder Feind“, „freundlich oder aggressiv“. Es ist klassisches Schwarz-Weiss-Denken, das Kindern als Orientierung in der Welt hilft. Je älter und erfahrener wir werden, desto mehr erleben wir die Zwischentöne, das „Sowohl-als-Auch“, die vielen Graustufen. Im Gegensatz dazu scheint der österreichische Integrationsdiskurs nicht erwachsen zu werden. Egal wie lange mensch in Österreich lebt, verursacht ein Name, eine dunkle Haarfarbe oder ein leichter Akzent ewige Fremdheit. Die Fremdheit wird über Generationen hinweg einzementiert. Die Dichotomien lauten „fremd/einheimisch“, „unsrige/andere“ und sehr oft „gut/böse“, „gebildet/nicht-gebildet“, „fleißig/faul“.

„Egal, wie lange mensch in Österreich lebt, verursacht ein Name, eine dunkle Haarfarbe oder ein leichter Akzent ewige Fremdheit.“

Wenn wir Integrationsprozesse erfolgreich gestalten wollen, müssen wir uns dringend von der „Zwei-Gruppentheorie“ verabschieden und die komplexere Gesellschaftszusammensetzung anerkennen. Es braucht Expertise über die Vielfalt von Migrationsbezügen sowie Migrationsbiographien und Zielgruppenkenntnis über Bedarfslagen und Hürden. Und es braucht ein Lernen als Gesamtgesellschaft, ein Wir, das sich neu formen muss.

DER AUTOR:

Mümtaz Karakurt, geboren in der Türkei, lebt seit 1980 in Linz. Er ist Geschäftsführer der migrare OÖ und Lektor auf der FH OÖ. Er ist diplomierter Erwachsenenbildner und studierte Sozialmanagement.



Foto © blickicht.com

Die Kategorie der Herkunft ist immer im Zusammenhang mit anderen Diversitätskategorien zu denken. Frauen mit Migrationsbiographien, behinderte Migrant:innen, Kinder aus Migrationsfamilien uvm. gehören in ihrer Intersektionalität (Mehrfachdiskriminierung) anerkannt.

Egoismus und Bosheit kennt keine Nationalität. Es gibt sie in jedem Land: die Menschen, die ausnutzen und mit dem geringsten Aufwand auf Kosten anderer durchs Leben gehen. In der Regel ist es immer nur ein sehr kleiner Anteil, ansonsten würden solidarische Gesellschaften nicht funktionieren. Wir müssen unsere Integrationspolitik am Großteil der Gesellschaft ausrichten, die ihren Beitrag für ein gutes Miteinander leisten wollen. Wie können sie ihre Potentiale einbringen, um uns alle weiterzubringen? Menschen, die sich nicht an solidarische Grundregeln halten, brauchen klare Spielregeln, dafür haben wir Gesetze im ausreichenden Maß.

Bei Integration darf nicht die Herkunft, sondern die gemeinsame Zukunft im Fokus stehen. Dass ein neues WIR bestens funktionieren kann, hat uns die österreichische Fußball-Nationalmannschaft der Männer gezeigt. In diesem neuen WIR haben wir Leistungen erbracht, die vorher noch undenkbar waren. So kann Integration gehen!

Hitze, Krankheit, Katastrophe – Der Klimawandel als Gesundheitskrise

Starke Hitze schädigt nicht nur Ökosysteme und die Infrastruktur, sondern auch die körperliche und psychische Gesundheit. Der Klimawandel entwickelt sich zunehmend zur Gesundheitskrise und dem festen Bestandteil des medizinischen Alltags.

MAJA MÜNCH

Europa erwärmt sich etwa doppelt so schnell wie der globale Durchschnitt. Wenig überraschend gipfelt dies in einem alarmierenden Anstieg hitzebedingter Todesfälle. In Österreich starben im Jahr 2023 mehr Menschen infolge von Hitze als an Verkehrsunfällen – ein besorgniserregender Trend.

Einst als seltene Ausnahmen geltende Hitzewellen entwickeln sich zur tödlichen Norm und verdeutlichen die beunruhigende Realität der klimatischen Veränderungen und damit einhergehende gesundheitliche Risiken.

Besonders Säuglinge, Kleinkinder, Schwangere, ältere und chronisch kranke Menschen sowie Menschen mit Behinderungen und Beschäftigte im Freien werden durch Hitzewellen zu Opfern des Klimawandels. Auch Menschen mit psychischen Erkrankungen gehören jedoch zur besonders hitzegefährdeten Gruppierung. Hitze erhöht und begünstigt das Neuauftreten oder die Symptomverschlechterung von Stimmungs- und Angststörungen sowie psychotischen und demenziellen Erkrankungen. Auch lässt sich ein Anstieg an Suizidfällen und psychiatrischen Notfällen während Hitzewellen feststellen. Besonders schlecht ist extreme Hitze für Personen, die wegen ihrer psychischen Krankheit medikamentöse Behandlung benötigen. Trizyklische Antidepressiva können etwa übermäßiges Schwitzen verursachen und hierdurch zu gefährlichen Dehydrationslevels führen, während Lithium,

ein Medikament zur Behandlung von bipolarer Störung, bei Dehydratation toxisch wirken kann. Die gravierenden Auswirkungen extremer Hitze verdeutlicht auch das erhöhte Mortalitätsrisiko bei Menschen mit Schizophrenie, die während Hitzewellen einem dreifach höheren Sterberisiko ausgesetzt sind.

Die Folgen des Klimawandels sind kein abstraktes Problem. Die vielfältigen Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit beeinflussen Mortalitätsraten vulnerabler Gruppen und – durch zunehmende Anstrengung in der Versorgung – den Arbeitsalltag in einem bereits überlasteten Gesundheitssystem. Nicht nur bedarf es einen Ausbau der Versorgung und Prävention psychischer und physischer Krankheiten und einer breiten Aufklärung über gesundheitliche Folgen des Klimawandels, sondern auch Vorkehrungen gegen Hitzewellen durch überarbeitete Stadtpläne mit Fokus auf den Ausbau von Grünzonen, Frühwarnsystemen und eines nachhaltigen Plans zur Eindämmung des Klimawandels. Doch aktuelle Handlungen zur Entgegenwirkung der Klimakatastrophe sind erschreckend inkonsequent und gefährlich langsam. Hat der verhängnisvolle Verlust der Artenvielfalt nicht

DIE AUTORIN:

Maja Münch

ist Landesgeschäftsführerin der Aktion kritischer Schüler:innen Oberösterreich a.D. und Landesvorstandsmitglied der Sozialistischen Jugend Oberösterreich.



gereicht, soll der verheerende Verlust von Menschenleben zur Veränderung zwingen. Gesundheit muss in der Klimadebatte und die Klimadebatte in der Politik zum zentralen Thema werden!

Die Klimakrise ist auch eine Gesundheitskrise – wir müssen jetzt handeln!



Rohe Bürgerlichkeit

Warum wir immer wieder über drohende Kooperationen der Volkspartei und den Freiheitlichen reden müssen. Und was hinter dieser anscheinend unmöglichen Kooperation zwischen den wohlherzogenen Bürgerlichen und bierzelllauten Freiheitlichen steckt.

BERND DOBESBERGER

Die Österreichische Volkspartei hat sich von der FPÖ – der österreichischen Variante des aktuellen Rechtsextremismus - nie wirklich abgegrenzt. Zwar sprach der spätere ÖVP-Nationalratspräsident Andreas Khol im Jahr 1995 davon, dass die Freiheitlichen sich außerhalb des (demokratischen) Verfassungsbogens befinden würden, er und die gesamte Volkspartei koalierten ab dem Jahr 2000 mit eben dieser FPÖ. Und Jahre später unter Sebastian Kurz passierte das wieder: die Volkspartei bildete mit Heinz-Christian Strache und seinen Freiheitlichen 2017 wieder eine Regierung.

Natürlich macht die ÖVP dies, um ihre Regierungsbeteiligung und das Amt des Bundeskanzlers abzusichern. Für eine Partei wie die Volkspartei, die in ihrer ganzen Existenz so auf Macht und Ämter angewiesen ist, spielt die politische Integrität eines Koalitionspartners nur eine Nebenrolle. Aber trotzdem muss es zusätzlich zu rein machttaktischen Überlegungen mehr geben, warum diese Kooperation in (fast) der gesamten Volks-

partei so geschlossen und widerspruchlos akzeptiert und mitgetragen wird.

Neoliberalismus und „Rohe Bürgerlichkeit“

Die ideologische Machtübernahme des Neoliberalismus in den 1980er und 90er Jahren haben dem traditionellen christlich-sozialen Politikverständnis der Volkspartei einen ersten massiven Stoß versetzt. Die Kooperation mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften wurde in entscheidenden Teilen der ÖVP immer kritischer gesehen. Und diese Entwicklung führte schnell zur Kooperation mit den Freiheitlichen. Weder die Sozialpartnerschaft noch die wirkliche Weiterentwicklung des Sozialstaates standen auf deren Agenda.

Der Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer aus Bielefeld hat zwischen 2002 und 2011 in mehreren repräsentativen Untersuchungen das gesellschaftliche und politische Stimmungsbild in Deutschland erhoben und stieß dabei auf das kaum diskutierte Phänomen der „Rohen Bürgerlichkeit“. Hinter der wohl-

DER AUTOR:

Bernd Dobesberger ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Oberösterreich.



herzogenen Fassade gibt es eben auch in gutbürgerlichen Schichten Vorurteile gegen Schwächere, Kritik an Menschenrechten und dem politischen Prinzip der Gleichheit. In Zeiten gesellschaftlicher Stabilität und Prosperität ist diese unschöne Facette der Bürgerlichkeit meist kaum sichtbar. In Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche, Blockaden und Krisen sehen wachsende Teile des Bürgertums ihre Privilegien bedroht und die „Rohe Bürgerlichkeit“ tritt in den Vordergrund. Und damit trifft sich die „Rohe Bürgerlichkeit“ in der Wähler:innenschaft der ÖVP und der Freiheitlichen. Letztere etwas lauter und pöbelnder, erstere angeblich stilsicherer und wohlherzogener, im Kern aber ähnlich.

RI RennerInstitut
OBERÖSTERREICH

GVV WIR BEWEGEN GEMEINDEN **SPÖ** BILDUNG OBERÖSTERREICH

BILDUNGS-PROGRAMM

2024/25



WERDE TEIL UNSERER LERNREISE
UND MELDE DICH GLEICH AN!
renner-institut.spoe.at/unser-angebot/
bildungsprogramm



frühlingswerkstatt

FRÜHLINGSWERKSTATT DER SPÖ OBERÖSTERREICH

Die Frühlingswerkstatt bietet die Möglichkeit, sich intensiv mit einem Schwerpunktthema auseinanderzusetzen, es aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten, zu diskutieren und neue Kontakte zu knüpfen.

TERMIN: 28. – 30. März 2025

ORT: Seminarhotel Alpenblick
Kirchschlag bei Linz



MEHR INFORMATIONEN
renner-institut.spoe.at/unser-angebot/
fruehlingswerkstatt

RI RennerInstitut
OBERÖSTERREICH

SPÖ Frauen OÖ

Gesund und selbstbestimmt in der Pension

Oberösterreich und Vorarlberg teilen sich das Schlusslicht im Bundesländervergleich, wenn es um die Pensionshöhe von Frauen geht. Mit **45,5 Prozent weniger** Pension als ihre männlichen Kollegen stehen Frauen in Oberösterreich vor finanziellen Herausforderungen im Alter. Der oberösterreichische Equal Pension Day, der dieses Jahr bereits auf den 18. Juli fiel, symbolisiert die Einkommenslücke zwischen den Geschlechtern und zeigt, dass Frauen im Durchschnitt fast die Hälfte - um 1.084 Euro - weniger Pension als Männer erhalten. Der bundesweite Equal Pension Day fand am 06. August statt.

Die SPÖ Frauen OÖ nutzten diese Tage, um unter dem Motto „Gesund und selbstbestimmt in der Pension“ auf die Straßen zu gehen und auf die prekäre Situation vieler pensionierter Frauen aufmerksam zu machen. Jede Frau, unabhängig davon, ob sie Kinder hat oder nicht, hat das Recht darauf, gesund und selbstbestimmt in Pension zu gehen. Deshalb braucht es endlich **Lohntranspa-**

BSA OÖ

Das war die Rote Nacht 2024!

Am 04. Juli 2024 feierten rund 800 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Kultur gemeinsam über den Dächern von Linz. Über den Walk of Art, der dieses Jahr aus einer Kunstinstallation mit Arbeitshandschuhen bestand, kam die sozialdemokratische Familie im Schloss Linz zusammen, um gemeinsam die laue Sommernacht zu feiern. Zu den Ehrengästen dieses Jahr zählten unter anderem Landesrat Michael Lindner, Arbeiterkammerpräsident Andreas Stangl und über Videobotschaft zugeschaltet Abgeordnete zum Nationalrat Eva-Maria Holzleitner sowie der Bundesparteivorsitzende Andreas Babler. Der Reinerlös der diesjährigen Tombola kommt zur Gänze dem Frauenhaus Linz zugute, um auch als Bund Sozialdemokratischer

Sozialistische Jugend OÖ

Österreichs Seen sind für alle da - nicht nur für die Reichen!

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz betonten die Sozialistische Jugend Oberösterreich und Österreich die Notwendigkeit eines allgemeinen Zutrittsrechts zu allen Seeufern und riefen zu einem Stopp der Privatisierung auf. Die Veranstaltung fand im Europabad der Sozialistischen Jugend statt, das einen kostenfreien Seezugang bietet und damit ein wichtiges Beispiel ist, wie öffentliche Ressourcen genutzt werden sollten. Die SJ kritisiert seit Jahren, dass immer mehr Seegrundstücke in privatem Besitz sind, wodurch die Allgemeinheit zunehmend



Foto © MecGreenie

Mit einer großen Straßenzeitung machten die SPÖ Frauen OÖ auf den Equal Pension Day aufmerksam.

renz nach isländischem Modell: Firmen ab 25 Mitarbeiter:innen müssen nachweisen, dass sie ihre Mitarbeiter:innen für gleichwertige Arbeit gleich bezahlen und alle drei Jahre drohen Unternehmen, die den Gender Pay Gap noch nicht geschlossenen haben, tägliche Geldstrafen. Neben dem Equal Pay Act gibt es auch Karenzregelungen, die Männer vermehrt in die Kinderbetreuung einbeziehen. Es zeigt sich, dass diese Regelungen sich massiv positiv auf die Gleichberechtigung im Land auswirken.

Großartige Stimmung, leckeres Essen, gute Getränke und gemeinsames Feiern mit Livemusik – das war die Rote Nacht 2024!



Foto © MecGreenie

Akademiker:innen ein starkes Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen. Bei einem guten Glas Wein und reichhaltigem Buffet klang der Abend über Linz erst spät aus.

Wir freuen uns schon jetzt auf das größte Sommerfest der Sozialdemokratie - die Rote Nacht 2025!

Gemeinsam präsentierten SJ-Verbandsvorsitzender Paul Stich und SJ-Landesvorsitzende Eva Reiter ihre Forderungen für mehr freie Seezugänge.



von den schönen Seen Österreichs ausgeschlossen wird. Sie fordert, dass Österreichs Seen für alle da sein sollten, nicht nur für Reiche mit ihren Zweitwohnsitzen und privaten Seezugängen.

Jahoda Bauer Institut

Marie Jahoda-Hörsaal an der Paris Lodron Universität in Salzburg

Am 12. Juni 2024 fand an der Paris Lodron Universität Salzburg ein feierlicher Festakt statt, bei dem zwei Hörsäle der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät nach zwei herausragenden österreichischen Wissenschaftlerinnen benannt wurden: Marie Jahoda und Erika Weinzierl. Diese Benennung würdigt sowohl die bedeutenden akademischen Leistungen sowie die außergewöhnlichen Lebensentwürfe dieser beiden Frauen. Leben und Schaffen



Foto © Hans-ChristianGruber

Es war eine feierliche Einweihung der Hörsäle
an der Paris Lodron Universität Salzburg.

von Marie Jahoda und Erika Weinzierl wurden vorgestellt, begleitet von einer Lesung und einem von Studierenden gestalteten Audiobeitrag. Der Festakt fand seinen Abschluss in einer Podiumsdiskussion, im Rahmen derer das Vermächtnis der beiden Wissenschaftlerinnen für die heutige Zeit reflektiert wurde.

Mit Erna Stacey-Aschauer starb eine sozialdemokratische Weltbürgerin

Nachruf von Mag.^a Annemarie Obermüller



Am 26. Juni 2024 starb Erna Stacey-Aschauer, MAS im 68. Lebensjahr. Ernie - wie sie genannt wurde - war eine Persönlichkeit, die ihr (politisches) Engagement mit viel Verve und Leidenschaft umsetzte. Sie arbeitete als Journalistin beim „Tagblatt“, der ehemaligen Zeitung der SPÖ OÖ, unterstützte die Öffentlichkeitsarbeit der Arbeiterkammer und danach jene der SPÖ OÖ. Dort baute sie die Abteilung „Zielgruppen“ auf und rief u.a. den „Interkulturpreis“ ins Leben.

2001 ging Erna Stacey-Aschauer nach Brüssel und setzte sich als Mitarbeiterin im EU-Parlament für die europäische Sache ein. 2008 heuerte Ernie bei der Netzwerkgruppe Unternehmensentwicklung an und stellte dort ihre Fähigkeiten als hervorragende Journalistin und exzellente Referentin zur Verfügung. Ihr Wissen und ihre Erfahrung weiterzugeben war für Ernie eine Selbstverständlichkeit. Im Renner Institut OÖ erlangte

sie etwa für ihre Workshops zu den Themen „Texten“ und „Zeitung machen“ bei den Teilnehmer:innen höchste Anerkennung.

2014 wagte die gebürtige Reichramingerin einen großen Schritt und zog nach Accra, die Hauptstadt Ghanas, wo sie als Beraterin für europäische Fragen beim National Democratic Congress (NDC), der sozialdemokratischen Partei Ghanas, tätig war. Ihr Wunsch, die Wahlen im Dezember 2024 mitzugestalten und einen sozialdemokratischen Präsidenten zu unterstützen, blieb aufgrund ihrer Krebserkrankung unerfüllt.

Erna Stacey-Aschauer hat die Gipfel und Täler ihres Lebens mit Enthusiasmus und Emotion durchschritten. Sie verstand gesellschaftliche Zusammenhänge, formulierte brillant und auf den Punkt gebracht, war fantasiebegabt und empathisch. Sie wollte die Welt verändern, besser machen - und das ist ihr immer wieder ein Stück weit geglückt. Sie war stets zuversichtlich, Rückschläge waren ihre Motivation. Ihr Mut und ihre Courage genossen bei ihren Freund:innen größten Respekt. Ernie war ein Mensch mit Ecken, Kanten und Rückgrat. Lange noch wird man ihre Geschichte(n) erzählen. Und gemeinsam mit ihr darüber lachen.

Nachruf auf Erich Fröschl

Nachruf von Mag.^a Maria Maltschnig



Wir trauern um Erich Fröschl, einen leidenschaftlichen Sozialdemokraten, engagierten Politikwissenschaftler und visionären Direktor des Karl-Renner-Instituts, der im 80. Lebensjahr in Wien verstorben ist.

Fast drei Jahrzehnte, davon 1980 bis 1998 als Direktor, wirkte er in der politischen Akademie der SPÖ. Seine Ära war geprägt von außergewöhnlichem Engagement und nachhaltigen Projektideen.

Unter seiner Leitung entwickelte sich das Karl-Renner-Institut zu einer zentralen Institution der politischen Bildung in diesem Land. Doch sein Wirken beschränkte sich nicht nur auf Öster-

reich: Erich Fröschl war auch international stark engagiert. Er baute zahlreiche Kooperationen mit politischen Stiftungen und Bildungsinstitutionen weltweit auf und trug so zur internationalen Vernetzung und zum Austausch demokratischer Ideen bei. Besonders seine Arbeit in Mittel- und Osteuropa nach dem Fall des Eisernen Vorhangs hinterließ nachhaltige Spuren. Er setzte sich dafür ein, den Transformationsprozess dieser Länder zu unterstützen und deren demokratische Strukturen zu stärken.

Fröschl war bekannt für seine Fähigkeit, Brücken zwischen verschiedenen politischen Strömungen zu schlagen und den Dialog zu fördern. Er war ein unermüdlicher Vermittler demokratischer Ideale und politischen Wissens.

Sein Vermächtnis lebt in den vielen Initiativen und Projekten weiter, die er ins Leben gerufen hat. Wir werden ihn als inspirierende Persönlichkeit, innovativen Direktor und herzlichen Kollegen in Erinnerung behalten. Seine Arbeit und sein Engagement werden auch in Zukunft vielen als Beispiel dienen.